

Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 78 (2003)

Heft: 3

Rubrik: Recht

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Dr. iur. Salome Zimmermann Oertli

Mietrecht – Initiative «Ja zu fairen Mieten» oder Parlamentsvorlage?

In der Mietrechtsdebatte stehen sich nun die Initiative «Ja zu fairen Mieten» und als indirekter Gegenvorschlag die Mietrechtsvorlage des Parlamentes gegenüber. Über die Volksinitiative wird am 18. Mai 2003 abgestimmt werden, über ein allfälliges Referendum später. Nachfolgend eine Charakterisierung der beiden Vorlagen.

- ▷ Für gemeinnützige Wohnbauräger und mit allgemein verbindlich erklärten Rahmenverträgen können Ausnahmen geschaffen werden, die aber einen gleichwertigen Schutz vor missbräuchlichen Mietzinsen bieten müssen. Besondere Bestimmungen sind bei behördlich kontrollierten Mietzinsen zulässig. Diese Bestimmungen bringen gegenüber dem heute geltenden Recht für gemeinnützige Wohnbauräger eine Verbesserung.
- ▷ Die Initiative enthält ferner eine Bestimmung, die eine schnelle Umsetzung ermöglicht, indem der Bundesrat auf dem Verordnungsweg das geltende Recht abändern kann.
- ▷ Die Kantonen können als Nebenkosten nur noch Kosten zulassen, die verbrauchsabhängig anfallen. Heute können alle Kosten, die mit dem Gebrauch der Mietsache zusammenhängen, ausgeschieden werden.

Telefonische Auskünfte:
01/362 42 40
Mo–Do 8.30–11.30 Uhr
ruedi.schoch@svw.ch
salome.zimmermann@svw.ch

In Kürze**Wahl eines SVW-Vertreters in die Schlichtungsbehörde**

Das Verwaltungsgericht des Kantons Basel-Stadt hat in einem Urteil vom 16. August 2002 die Wahl eines SVW-Vertreters als Schlichter auf Vermieterseite bestätigt. Der Streit drehte sich um die Frage, ob dem SVW grundsätzlich «Vermietereigenschaft» zukomme. Bejaht man dies (wie es das Verwaltungsgericht nun getan hat), so hat der SVW gemäss Art. 274a Abs. 2 OR Anspruch darauf, in den Schlichtungsbehörden auf Vermieterseite vertreten zu sein, da alle Organisationen, die ähnliche Interessen wahrnehmen, paritätisch vertreten sein müssen. Der Entscheid wurde ans Bundesgericht weitergezogen, und es bleibt abzuwarten, wie sich das oberste Gericht in dieser Frage entscheidet. Der Rechtsdienst steht für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung.

ten zu entscheiden, welche Renovationsvorhaben verhältnismässig sind und welche nicht.

DER INDIREKTE GEGENVORSCHLAG DES PARLAMENTES.

Die Botschaft des Bundesrates stammt vom 28. Dezember 1999, die Schlussabstimmung erfolgte am 13. Dezember 2002. In diesen vier Jahren hat sich das Parlament in den wesentlichen Punkten zum nachfolgenden Kompromiss durchgerungen:

▷ Ob Mieten missbräuchlich sind, wird nicht mehr aufgrund einer Ertragsberechnung, sondern aufgrund von Vergleichsmieten überprüft. Diese werden von der Bundesverwaltung einmal jährlich ermittelt. Missbräuchlich ist ein Mietzins, wenn er die Vergleichsmiete um mehr als 15 Prozent überschreitet.

▷ Mietzinserhöhungen bei Kostensteigerungen, insbesondere bei Hypothe-

karzinserhöhungen, sind nicht mehr zulässig.

- ▷ Der Mietzins kann erhöht werden, wenn der Landesindex der Konsumentenpreise gestiegen ist, wobei der Berechnung der Durchschnitt der Indexsteigerungen der zwei Jahre vor der Mitteilung zugrunde gelegt wird. Der Mietzins kann ferner bei Mehrleistungen des Vermieters erhöht werden, insbesondere also bei wertvermehrenden Investitionen, jedoch jährlich höchstens um 20 Prozent des bisherigen Mietzinses.
- ▷ Weiter kann der Mietzins nach Handänderungen erhöht werden, jährlich jedoch höchstens um 10 Prozent des bisherigen Mietzinses.
- ▷ Für gemeinnützige Wohnbausträger kann der Bundesrat in der Verordnung einzelne Bestimmungen der Mietzinsgestaltung besonders regeln.
- ▷ Das Übergangsrecht sieht vor, dass der Mietzins bestehender Mietverhältnisse nur erhöht werden darf, wenn gleichzeitig nicht weitergegebene Hypothekarzinssenkungen weitergegeben werden. Umgekehrt kann der Vermieter, wenn er den Mietzins erhöht, nicht weitergegebene Hypothekarzinserhöhungen nachholen.

Die Vorlage bringt die Entkopplung von Hypothekar- und Mietzins, indem Hypothekarzinserhöhungen nicht mehr zu einer Mietzinserhöhung berechtigen. Sie enthält auch eine Annäherung an den Marktzins, indem dieser in Form der Vergleichsmieten für die Überprüfung des Missbräuchlichkeit des Anfangsmietzinses und des Mietzinses nach einer Handänderung massgebend ist. Durch die Staffelung von Mietzinserhöhungen nach wertvermehrden Investitionen und bei Handänderungen schützt sie den Mieter vor massiven Mietzinserhöhungen. Die Hauptanliegen der gemeinnützigen Wohnbausträger

werden in der Revision berücksichtigt: Die Vorlage trägt den Besonderheiten der gemeinnützigen Wohnbausträger Rechnung, da der Bundesrat Sonderbestimmungen schaffen kann, nach denen Baugenossenschaften die Mietzinse gemäss dem Grundsatz der Kostenmiete berechnen können; wie diese dann genau aussehen, wird die Vernehmlassung zur Verordnung zeigen. Ferner werden bei der Berechnung der Vergleichsmieten auch die Mietzinse der Genossenschaften berücksichtigt. Schliesslich wurde erreicht, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Genossenschaften auf der Vermieterseite in den Schlichtungsbehörden Einsatz nehmen können.

Gegen die Vorlage hat der Mieter- und Mieterinnenverband das Referendum ergriffen (vgl. www.mieterverband.ch). Er beanstandet, dass 100 Prozent der Teuerung auf die Mieterschaft überwälzt werden kann. In der Vorlage des Bundesrates war dies auf 80 Prozent beschränkt, weil die Mietzinse ja bereits im Warenkorb des Landesindexes enthalten sind und die Überwälzung der Teuerung zu 100 Prozent somit zu einer doppelten Indexierung führt. Ein weiterer Grund für das Referendum ist der Umstand, dass der Mietzins nach einem Verkauf der Liegenschaft erhöht werden kann, ohne dass irgendeine Gegenleistung des Vermieters erfolgt. Dies führt dann auch zu einer Erhöhung der Vergleichsmieten und damit generell zu Mietzinserhöhungen bei Neuvermietungen. Weiter wird beanstandet, dass die Parlamentsvorlage im Gegensatz zur Initiative keinen verstärkten Kündigungsschutz vorsieht.

Nicht nur die Ratslinke hat sich gegen die Vorlage ausgesprochen, sondern auch ein Teil der SVP. Dieser stieß sich insbesondere an der Übergangsbestimmung, wonach für den Wechsel auf das neue Recht der Hypothekarzinssatz

beim Inkrafttreten des neuen Rechts massgebend sein soll. Da sich der Hypothekarzinssatz heue auf einem historischen Tiefstand befindet, sei vorauszusehen, dass, wenn es zur Erhöhung des Hypothekarzinssatzes auf 5 oder 5½ Prozent komme, viele Eigentümer ihre Liegenschaften nicht halten könnten, da sie die Mietzinse nicht entsprechend erhöhen können.

INITIATIVE ODER REFERENDUM ODER BEIDES ODER KEINES?

Für die gemeinnützigen Wohnbausträger sind beide, Initiative und Parlamentsvorlage, im Kernanliegen gleichwertig. Aufs Ganze gesehen ist wohl die Parlamentsvorlage vorzuziehen, weil sie den Kündigungsschutz nicht verstärkt und zusätzlich die erwähnte Bestimmung enthält, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Genossenschaften auf der Vermieterseite in den Schlichtungsbehörden Einsatz nehmen können. In politischer Hinsicht unterscheiden sich die beiden Vorlagen jedoch wesentlich. Durch die Initiative wird der Mieterschutz verstärkt, während für die Parlamentsvorlage gilt, wie Nationalrat Ruedi Aeschbacher dies in der Schlussdebatte formuliert hat: «Wenn man versucht, das Resultat relativ objektiv zu beurteilen, haben die Interessen der Vermieter mehrheitlich obenaus geschwungen, allerdings nicht übermäßig stark, aber es ist doch festzustellen.»